

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

AKTUELL

4

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)

28. August 2014

Erdoğan als Staatspräsident - Zeitenwende in der Türkei?

Am 10. August wurde im ersten Wahlgang mit 52% der Stimmen der seit elf Jahren amtierende Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan zum ersten direkt vom Volk gewählten Staatspräsidenten der Republik Türkei. Damit tritt Erdoğan die Nachfolge von Abdullah Gül an und wird von seinem bisherigen Außenminister Ahmet Davutoğlu als Parteivorsitzender und Ministerpräsident abgelöst. Ungewöhnlich ist der Wechsel vom Ministerpräsidenten- ins Staatspräsidentenamt für die Türkei nicht. Gleiches geschah in jüngerer Zeit mit Turgut Özal (Staatspräsidentschaft 1989-1993) und Süleyman Demirel (1993-2000). Anders als bei den Vorgängern, deren Wahl zum Staatspräsidenten, zumal im Ausland, kaum Beachtung fand, entzündet sich an Erdoğan eine heftige Debatte darüber, ob die Türkei nun vor einer politischen Zeitenwende steht.

Im Folgenden soll erstens der Frage nachgegangen werden, warum Erdoğan trotz einer in der Ablehnung seiner Politik geeinten Opposition, trotz eines dramatisch verschlechterten Images im Westen und sich verschärfender Konflikte mit den kemalistischen Grundkonstanten der türkischen Modernisierung eine Wahl nach der anderen gewinnt. Auf dieser Basis werden dann die Chancen Erdoğan analysiert, einen wirklich radikalen Systemwechsel hin zu einem Präsidialsystem herbeizuführen. Neben diesen verfassungs- und systembezogenen Fragen („Polity“) als zentrales Element einer möglichen Neuausrichtung der Türkei werden dann Erdoğan's



Erdoğan mit seinem Amtsvorgänger Abdullah Gül

Politikstil („Politics“) und mögliche Auswirkungen seiner neuen Rolle auf politische Inhalte („Policy“) betrachtet. So kann eine erste Einschätzung erfolgen, welche substanziellen Änderungen die Staatspräsidentschaft Erdoğan's tatsächlich bringen wird.

Ausgangssituation

Die republikanische Revolution Mustafa Kemal Atatürks propagierte einen Nationalstaat europäischer Prägung und zugleich ein laizistisch-westliches Lebensmodell als normative Basis der neuen Türkei, die sich einer über Jahrhunderte gewachsenen, islamisch-konservativen Orientierung der breiten Bevölkerung gegenüber sah. Deshalb gehörte zur türkischen Staatsräson, sich gegen Separatismus und religiösen Reaktionismus zur Wehr zu setzen. Die Regierung der AKP seit 2002 steht für einen Bruch mit dieser politischen Konstante und konnte seitdem für diese Poli-

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

tik durchgängig breite Mehrheiten hinter sich versammeln, und dies trotz beträchtlichen Widerstands in Teilen der türkischen Bevölkerung und der etablierten Elite. Die wichtigsten Ursachen dafür sind folgend kurz skizziert:

Wirtschaftsaufschwung

Die politische Stabilität einer Regierung mit absoluter Mehrheit hatte im Falle der AKP zunächst politische und wirtschaftliche Reformen und staatliche Infrastrukturprojekte begünstigt sowie das Klima für inländische und ausländische Investoren positiv beeinflusst. Zwischen 2002 und 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt der Türkei (BIP) um 153%. Das deutsche BIP z.B. erhöhte sich im selben Zeitraum um 28% (Quelle: Eurostat).

In Folge dieser Entwicklung konnte das Land auch das Wohlstandsgefälle zur EU vermindern. Das Pro-Kopf-Einkommen nach Kaufkraftstandard stieg von 36% (2002) des EU-Durchschnitts auf 55% (2013) und übertrifft damit inzwischen die beiden EU-Staaten Bulgarien und Rumänien (Quelle: Eurostat). Erdoğan's Regierungszeit steht aus Sicht großer Bevölkerungsteile für Wachstum, relative Währungsstabilität und verbesserte Sozial- und Gesundheitsleistungen.

Zu verdanken ist das Wirtschaftswachstum auch ausländischen Direktinvestitionen, die Kapital, Know-how und neue Produkte und Dienstleistungen in das Land gebracht haben. Zwischen 2002 und dem ersten Halbjahr 2014 kamen 144 Mrd. US-Dollar Nettoinvestitionen in das Land, was mehr als das Vierfache dessen ist, was zuvor seit Republikgründung in die Türkei geflossen war (Quelle: Wirtschaftsministerium Türkei).

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009 zeigen, dass die türkische Wähler sensibel auf negative wirtschaftliche Entwicklungen reagieren.

Mit einer auf Kontinuität und Haushaltsdisziplin orientierten Wirtschaftspolitik sank in der Ära Erdoğan der relative Bruttoschuldenstand von 78% (2001) auf 35% (2013).

Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise verzeichnete die Türkei nur in 2009 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung mit steigenden Arbeitslosenzahlen, was sich auch sofort in den Kommunalwahlergebnissen für die AKP niederschlug. Dies illustriert, dass auch der türkische Wähler sensibel auf Entwicklungen reagiert, die ihm wirtschaftlich schaden.

Soziodemographische und ökonomische Faktoren

Die Türkei hat in den letzten drei Jahrzehnten, aber insbesondere in der Regierungszeit Erdoğan's, eine Urbanisierungsentwicklung durchlaufen, so dass gegenwärtig nur noch 8,6% der Bevölkerung im ländlichen Raum leben (1980: 56%; Quelle: TÜİK - Türkisches Statistikamt). Die Binnenmigration hat nicht nur das Bild und das soziale Leben der Städte verändert, sondern den Menschen auch neue Chancen eröffnet. Für die republikanischen Eliten blieben diese Zuzügler die „schwarzen Türken“, die mit ihren Kopftüchern und Bärten für Rückständigkeit und für religiös-reaktionäre Gesinnung standen und von Bildungsteilhabe (Kopftuchverbot) und zeitweise von der politischen Teilhabe (Parteiverbote) ferngehalten werden sollten.

Dessen ungeachtet haben diese neuen städtischen Milieus religiös-konservative Aufsteiger hervorgebracht, die den wirtschaftlichen und intellektuellen Rückhalt der AKP bilden. Dieses neue, leistungsorientierte, wertkonservative und bürgerliche Milieu wächst sowohl in den Metropolen als auch in den anatolischen Städten, weshalb die AKP gegenüber den älteren, auf die Metropolen orientierten Oppositionsparteien insgesamt einen höheren Organisations-, Mobilisierungs- und Unterstützungsgrad erreicht.

Erdoğan gilt für viele Türken als „einer von uns“.

Wertekonformität

Erdoğan's AKP ist die aus der Systemopposition der Milli-Görüş-Bewegung hervorgegangene politische Kraft, die sich im Gegensatz zu den früheren Eliten religiös und wertkonservativ gibt. Anders als in anderen muslimisch geprägten Ländern war der politische Islam im Parteienspektrum der Türkei seit mehr als vier Jahrzehnten vertreten, vorbehaltlich mehrerer Parteienverbote. Die Leistung Erdoğan's war es, den politischen Islam zur Mitte der Gesellschaft hin zu orientieren und für die breite Bevölkerung wählbar zu machen – eine Entwicklung, der die etablierten Parteien seitdem wenig entgegenzusetzen haben. Erdoğan gilt für viele Türken als „einer von uns“, fromm, aber nicht radikal, zugleich stolz, patriotisch und selbstbewusst genug, um der Türkei Geltung in der Welt zu verschaffen. Das hitzige, emotionale und bisweilen unsachliche und egozentrische Auftreten Erdoğan's, die Betonung von Macht, Autorität, Hierarchie und Konfrontation schreckt seine Wähler nicht ab und folgt einem Politikstil, den Erdoğan nicht erfunden, sondern nur auf die Spitze getrieben hat.

Schwäche der Opposition

Der Aufstieg der AKP zur Volkspartei hat dazu geführt, dass das etablierte Parteienspektrum durcheinander geraten ist. Die Republikanische Volkspartei CHP ist heute ohne scharfes eigenes Profil. Sie vereint linke Kräfte, kemalistisch-republikanische Gruppen und das alevitische Spektrum, und sie eint mehr die Gegnerschaft gegenüber Erdoğan als ein gemeinsames politisches Programm. Die in nahezu allen türkischen Parteien herrschende Oligarchie hat personelle und inhaltliche Erneuerung und die Erschließung neuer Wählergruppen verhindert. Derzeit tobt in der CHP nicht nur ein Machtkampf um die Parteispitze, sondern auch ein Richtungsstreit zwischen den unterschiedlichen Lagern, so dass fraglich ist, ob sich die Partei geeint und mit einem schlüssigen Programm zu den kommenden Parlamentswahlen in 2015 aufstellen wird.

Geographische Verankerung

Bei den Präsidentschaftswahlen hat Erdoğan bis auf Thrakien, die Ägäis, die Mittelmeerküste (rot) und den Südosten der Türkei mit den Zentren der kurdischen Bevölkerung (blau) alle anderen Provinzen gewonnen und war ansonsten zweite Kraft. Dabei zeigte sich wiederum, dass es für einen Sieg bei nationalen Wahlen in der Türkei immer notwendig ist, Istanbul und Ankara zu gewinnen und in Anatolien sichtbar zu sein .

Mehrheitliche Stimmverteilung nach Provinzen bei der Staatspräsidentenwahl 2014



ERDOĞAN

DEMİRTAŞ

IHSANOĞLU

Erdoğan wird 2019 noch eine Amtszeit anstreben, um auch den symbolträchtigen hundertsten Jahrestag der türkischen Republik am 29. Oktober 2023 als Staatspräsident zu erleben

Friedensprozess mit der PKK

Eine massive Herausforderung für die türkische Politik und Gesellschaft ist der Umgang mit der kurdischen Minderheit und dem bewaffneten Aufstand der PKK. Weder konnte die PKK in den vergangenen dreißig Jahren ihre separatistischen Ziele verwirklichen, noch die Türkei den Widerstand gänzlich niederschlagen. Unter Erdoğan kam politische Bewegung in den Konflikt, die vor ihm undenkbar gewesen wäre. Ihm ist es gelungen, die in weiten Teilen nationalistisch eingestellte türkische Öffentlichkeit dazu zu bewegen, einen Friedensprozess zu unterstützen und hinzunehmen, dass der Staat hierzu Abdullah Öcalan als direkten Gesprächspartner akzeptiert. Dabei sind die Voraussetzungen für eine weitere Akzeptanz des Prozesses nicht schlecht: Im Herbst 2012 war der „Terrorismus“ noch für 69% der Türken das

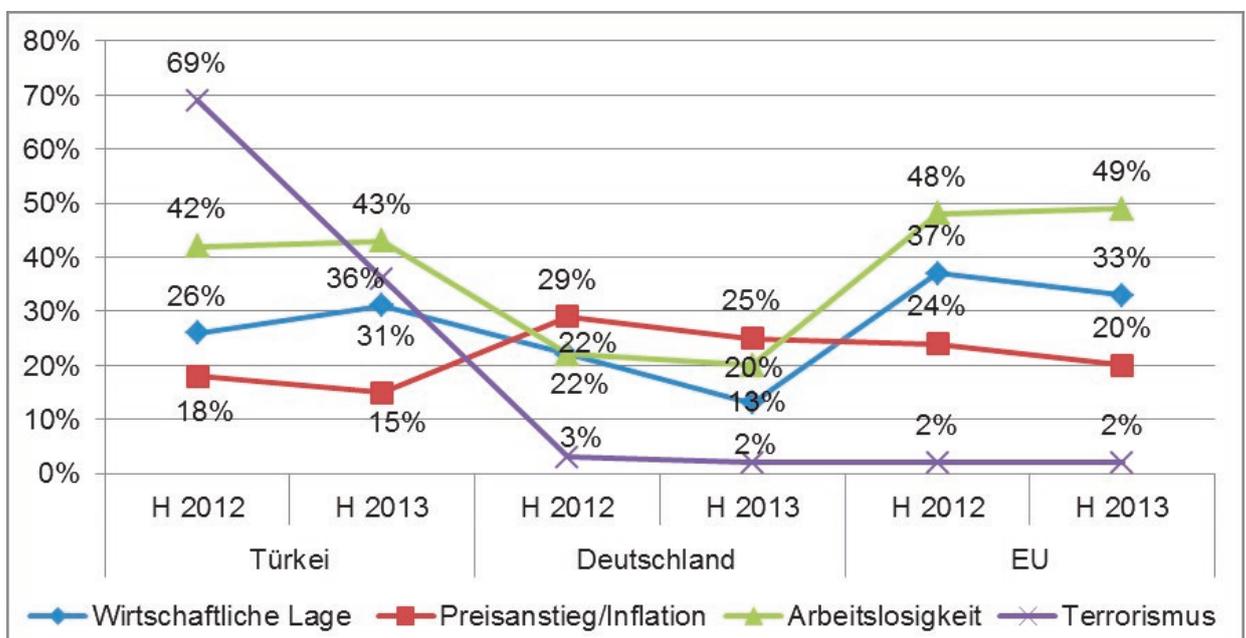
wichtigste Problem, mit großem Abstand vor Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Lage und Inflation. Im Frühjahr 2014 war dieser Wert im Zuge der Friedensgespräche der Regierung mit der PKK auf 41% gesunken (Quelle: Eurobarometer²).

Zufriedenheit mit der Regierung

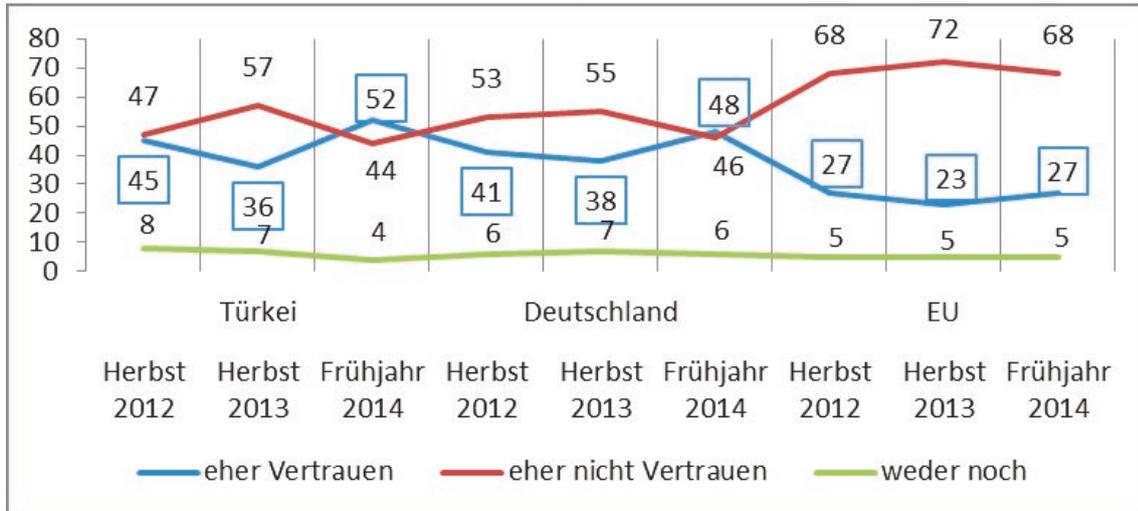
Laut der Eurobarometer-Umfrage konnte die Regierung Erdoğan, trotz der Gezi-Proteste, Lira-Abwertung und Zinsanstieg im vergangenen Jahr und aktuellen Korruptionsaffären und Abhörskandalen im Frühjahr 2014 ihren Vertrauenswert in der türkischen Bevölkerung auf einen Rekordanteil von 52% steigern. Mehr als die Hälfte der befragten Türken müssen dem Ministerpräsidenten abgenommen haben, dass alle Skandale auf eine Verschwörung der Gülen-Bewegung oder anderer Akteure zurückgehen. Die große Koalition in Deutschland kommt auf geringere Vertrauenswerte, ganz zu schweigen vom EU-Durchschnitt.

Seine Popularität und die daraus resultierenden Wahlerfolge bezieht Erdoğan nicht zuletzt aus der in seiner Regierungszeit exzessiv ausgebauten Kontrolle der AKP über den Staatsapparat, die Medien und Teile der Wirtschaft. Der fehlende demokratische Wettbewerb mag also ein wichtiger Grund für seine Wahlerfolge sein; zu

Die wichtigsten Probleme des Landes (Herbst 2012-2013) nach Eurobarometer



Vertrauen gegenüber der nationalen Regierung (Eurobarometer)



gleich zeigen aber die oben eingeführten Argumente, dass weitere, im politischen System, in der Gesellschaft und in der Politik liegende Einflüsse hinzu kommen, die Erdoğan's Popularität erklären.

Politische Folgen von Erdoğan's Staatspräsidentschaft

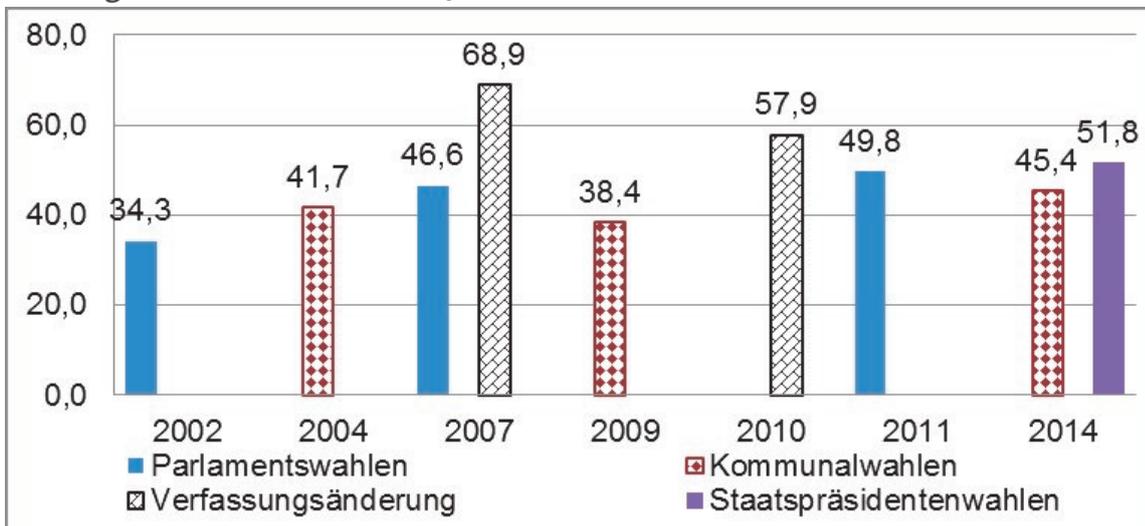
Welche politischen Folgen sind nun von Erdoğan's Staatspräsidentschaft zu erwarten? Wie kann er Ambitionen realisieren, die türkische Politik weiterhin maßgeblich zu gestalten?

Erdoğan ist auf der Grundlage der aktuell geltenden Verfassung der Republik Türkei zum Staatspräsidenten gewählt worden. Laut Art. 104 ist der Staatspräsident Oberhaupt des Staates und muss seine Partei-

mitgliedschaft und sein Mandat als Abgeordneter niederlegen, sobald er den Amtseid geleistet hat. Die Amtszeit des Staatspräsidenten ist nach Art. 101 auf zweimal fünf Jahre begrenzt. Auf der Grundlage der jetzigen Verfassung wird Erdoğan in 2019 noch eine Amtszeit anstreben, um auch den symbolträchtigen hundertsten Jahrestag der türkischen Republik am 29. Oktober 2023 als Staatspräsident zu erleben

Erdoğan legte am 28. August 2014 vor der Großen Türkischen Nationalversammlung den Eid des Staatspräsidenten ab. Er beeidete u.a., dass er dem „Primat des Rechts, der Demokratie, den Prinzipien und Reformen Atatürks sowie dem Prinzip der laizistischen Republik verbunden bleiben werde“⁴³. Der Staatspräsident muss bei seinem

Wahlergebnisse der AKP 2012–2014



Quelle: Wahlamt der Republik Türkei (www.ysk.gov.tr)

Aktuell verfügt die AKP über 313 Abgeordnete im türkischen Parlament. Um Verfassungsänderungen für Präsidialsystem zu beschließen, sind 367 Abgeordnete und damit zwei Drittel der 550 Stimmen erforderlich

Amtseid auch die „unparteiliche Erfüllung seines Amtes“ versprechen.

Die geltende Verfassung hat die Rechte des Staatspräsidenten relativ detailliert in Artikel 104 umrissen. Demnach hat er eine Wächterpflicht über die Beachtung der Verfassung und das Zusammenwirken der Staatsorgane, wobei er über die Ansetzung von Neuwahlen zum Parlament entscheiden und das Kabinett zu Sitzungen unter seinem Vorsitz einberufen kann. Alle anderen Aufgaben entsprechen weitgehend den repräsentativen Funktionen eines Staatspräsidenten ohne exekutive Befugnisse. Das Recht, das Kabinett einzuberufen, hat kein Staatspräsident vor ihm tatsächlich wahrgenommen. Es ist davon auszugehen, dass Erdoğan dieses Recht exzessiv ausüben könnte, so lang die AKP die Regierungsgeschäfte führt.

Welche weiteren Möglichkeiten hat Erdoğan, weiterhin die türkische Politik aktiv zu bestimmen?

Auf dem Weg ins Präsidialsystem?

Erdoğan hat seine Absicht, die Türkei zu einem Präsidialsystem umzugestalten, zuletzt im regierungsnahen Fernsehsender ATV, kurz vor seiner Wahl, am 08. August öffentlich verkündet. Artikel 104 der türkischen Verfassung lässt Erdoğan hier aber nicht viel Spielraum, da seine Aufsichtsfunktion über das Zusammenwirken der Staatsorgane die Aneignung zusätzlicher exekutiver Kompetenzen ausschließt. Zwar weiß er 52% der Wähler hinter sich und besitzt großen Einfluss auf die AKP und die

von ihm quasi eingesetzte Regierung Davutoğlu, wird aber auch in der Bevölkerung zukünftig an der Erfüllung seiner Aufgaben als Staatspräsident gemessen werden. Im Ergebnis könnte Erdoğan zunächst versucht sein, einen pragmatischen Modus der Zusammenarbeit mit Davutoğlu und seiner Regierung zu finden, der ihn bis zu den nächsten Parlamentswahlen 2015 bringt, um dann die Möglichkeit zu haben, eine verfassungsändernde Mehrheit für die Einführung eines Präsidialsystems zu erringen.

Aktuell verfügt die AKP über 313 Abgeordnete im türkischen Parlament. Um Verfassungsänderungen zu beschließen, sind 367 Abgeordnete und damit zwei Drittel der Stimmen erforderlich. Von einer solchen Mehrheit ist die AKP also noch ein gutes Stück entfernt. Alternativ wäre denkbar, ein Verfassungsreferendum mit einer Mehrheit von 330 Stimmen zu initiieren, wozu sich die AKP mit der kurdisch-linken HDP arrangieren müsste. Dieser Weg birgt aber große politische Risiken; einerseits mit Blick auf die AKP-Wählerschaft, andererseits auch innerhalb der Partei.

Erdoğan als Staatspräsident und Davutoğlu als Ministerpräsident haben nun rund neun Monate Zeit, um ihre politischen Perspektiven für die Türkei dem Wähler zu vermitteln. Auch falls dies in der neuen Konstellation gelingt, ist nicht ausgemacht, dass die neue AKP-Regierung mit Davutoğlu an der Spitze die Wahlerfolge von Erdoğan fortschreiben kann. Für eine verfassungsändernde Mehrheit müsste sie diese Erfolge sogar noch deutlich ausbauen, für die Initiierung eines Verfassungsreferendums zumindest leicht. Dies wird auch in dem Fall schwierig, dass sich der Wahlkampf zur Entscheidung Parlamentarismus vs. (autoritäres) Präsidialsystem zuspitzt. Die

Das Recht, das Kabinett einzuberufen, hat kein Staatspräsident vor Erdoğan wahrgenommen

Erdoğan als Staatspräsident und Davutoğlu als Ministerpräsident haben nun rund neun Monate Zeit, um ihre politischen Perspektiven für die Türkei dem Wähler zu vermitteln.

AKP müsste dann den Wählern vermitteln, dass eine solche radikale Systemänderung nicht nur den persönlichen Interessen Erdoğan folgt, sondern positive Konsequenzen für die Zukunftsfähigkeit der Türkei hätte. Insgesamt dürfte damit die Wahrscheinlichkeit eines Systemwechsels nach den Vorstellungen Erdoğan de jure nicht sehr hoch sein. Nicht auszuschließen ist aber die Möglichkeit, dass sich die Parteien in der kommenden Legislaturperiode zusammenraufen, um moderate Verfassungsänderungen zu erarbeiten, die u.a. die Position des nun direkt gewählten Präsidenten modifizieren.

Kooperation oder Verschärfung der Konfrontation?

Die dritte und letzte Amtszeit Erdoğan ab 2011 war auf Mehrheit und Machtdurchsetzung ausgerichtet. Die Türkei wurde zusehends gespalten: Die Opposition warf der Regierung vor, nach dem Diktat der Mehrheit Politik zu machen, und die Regierung warf der Opposition vor, den Mehrheitswillen zu ignorieren. Pluralismus, Kompromisse und Interessenausgleich blieben auf der Strecke.

Erdoğan versprach bei seiner „Balkonrede“ am Wahlabend des 10. August, dass er Präsident aller 77 Mio. Türken sein wolle. Ähnlich vermittelnde Worte hatte er 2011 nach seinem Sieg bei den Parlamentswahlen gewählt. Die politische Wirklichkeit war danach aber eine andere. Somit ist kaum davon auszugehen, dass er einen Paradigmenwechsel zu einem stärker vermittelnden Politikstil vollziehen wird. Sein emotionales und affektives Naturell, der Personenkult und seine derzeitige Autorität in der

Partei lassen einen solchen Wandel nicht plausibel erscheinen. Andererseits hat Erdoğan seine Karriereziele erreicht, so weit politische Ämter gefragt sind. Dies mag auch für ihn die Notwendigkeit der Neuorientierung bedeuten. Erdoğan könnte etwa versucht sein, politische Konfrontationen zunehmend dem Ministerpräsidenten zu überlassen und sich selbst staatsmännisch zu geben. Hiervon würde der Politikstil in der Türkei dann möglicherweise profitieren.

Ob Erdoğan weiterhin seine politischen Ziele gegen alle Widerstände durchzusetzen sucht oder sich als überparteilicher Präsident zu bergreifen vermag, machen seine jüngeren öffentlichen Äußerungen nicht recht kenntlich, sie bleiben diesbezüglich ambivalent. Bei seiner letzten Rede als Parteivorsitzender hat sich Erdoğan explizit auf den Gründergeist der ersten Nationalversammlung von 1920 berufen und verkündet, er wolle deren Ideale wiederbeleben. Er konstatierte ein Auseinanderdriften von Staat und Bevölkerung im Laufe der Republikgeschichte. Seine Vorstellung sei demgegenüber gesellschaftliche Pluralität. Insofern sei es an der Zeit, Konfrontation und Polarisierung zu beenden. Zugleich hat er jedoch in der Rede die Oppositionsparteien - und nur diese - wegen ihrer „konfrontativen Politik“ massiv kritisiert.

Die AKP verliert mit Erdoğan nicht nur Ihren charismatischen Kopf, sondern nach den nächsten Parlamentswahlen, aufgrund

Erdoğan versprach bei seiner „Balkonrede“ am Wahlabend des 10. August, dass er Präsident aller 77 Mio. Türken sein wolle. Ähnlich vermittelnde Worte hatte er 2011 nach seinem Sieg bei den Parlamentswahlen gewählt. Die politische Wirklichkeit war danach

einer parteiinternen Klausel der Begrenzung von Mandaten auf drei Amtszeiten, auch viele Gründungsmitglieder. Die AKP steht also vor einer durchgreifenden personellen Erneuerung. Es gibt Befürchtungen, dass dies die politische und gesellschaftliche Spaltung noch vertiefen kann, indem profilierten Politikern mit eigenen Programmen und Überzeugungen viele folgen werden, die Ihre Parteikarriere nur der Loyalität zu Erdoğan zu verdanken haben.

Die innenpolitischen Folgen von Erdoğan's Präsidentschaft sind vermutlich einerseits weniger einschneidend als westliche Beobachter mitunter glauben, andererseits hinsichtlich der gesellschaftlichen Spaltung der Türkei, ihrer Überwindung oder Vertiefung aber auch nicht wirklich absehbar. Demgegenüber sind außenpolitisch kaum Auswirkungen zu erwarten. Das hat damit zu tun, dass der neue AKP-Vorsitzende und künftige Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu für die Kontinuität der außenpolitischen Orientierung der letzten Jahre steht, die er im Tandem mit Erdoğan als Außenminister verantwortlich mitgestaltet hat. Unabhängig von den Ambitionen Erdoğan's sind hier zumindest mittelfristig keine Konflikte oder Richtungsstreits zu erwarten.

Fazit

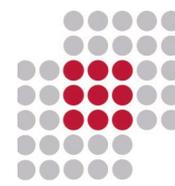
Der neue Staatspräsident Erdoğan wird eine aktivere politische Rolle spielen als seine Vorgänger. Dass seine Präsidentschaft aber ein Zeitenwende für die Türkei in dem Sinne bedeutet, dass ihr ein politischer Systemwechsel bevorsteht, ist eher zweifelhaft.

Erdoğan und seine Partei haben ihren Nimbus des demokratischen Reformers im Ausland wie in Teilen der Türkei verloren, aber dennoch nicht ihre Attraktivität für die neue Mitte des politischen Spektrums in der Türkei. Damit verbleibt dem neuen Staatspräsidenten sehr wohl großer Rückhalt auch für die Stärkung seiner Position. Zugleich ist die gesellschaftliche Mitte auch Garant dafür, dass radikale Umbrüche nicht honoriert werden.

Verfasser: Yunus Ulusoy

ENDNOTEN

1. Sonja Blum, Klaus Schubert (2011), Politikfeldanalyse, VS Verlag für Sozialwissenschaften; 2. Auflage, Wiesbaden 2011
2. Eurobarometer-Standardehebungen. URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (Stand 24.06.14)
3. Christian Rumpf: Übersetzung der Verfassung der Republik Türkei. URL: <http://www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung.pdf> (Stand 24.06.14)



Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

Kuratorium

Vorsitzender

Minister **Guntram Schneider**, MAIS NRW

Stellv. Vorsitzender

Staatssekretär **Helmut Dockter**, MIWF NRW

Mitglieder

Britta Altenkamp, MdL/SPD; **Peter Anders**, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; **Anne Katrin Bohle**, MBWSV NRW; **Andreas Bomheuer**, Stadt Essen; **Simone Brand**, MdL/Piraten **Karl-Uwe Bütof**, MBWSV NRW; **Regina van Dinther**, MdL/CDU; **Serap Güler**, MdL/CDU; **Dieter Hillebrand**, DGB-MEO; **Prof. Dr. Osman Isfen**, Ruhr-Universität Bochum; **Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu**, Freudenberg-Stiftung; **Tayfun Keltek**, LAGA NRW; **Prof. Recep Keskin**, Unternehmer; **Prof. Dr. Ute Klammer**, Universität Duisburg-Essen; **Reiner Nolten**, Westdeutscher Handwerkskammertag; **Leyla Özmal**, Stadt Duisburg; **Dr. Beate Scheffler**, Schulministerium NRW; **Michael Schwarz**, Stiftung Mercator; **Aslı Sevindim**, WDR; **Dr. Joachim Stamp**, MdL/FDP; **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, Bundtagspräsidentin a.D.; **Jürgen Thiele**, Staatskanzlei NRW; **Arif Ünal**, MdL/Bündnis 90/Die Grünen; **Dr. Michael Vesper**, DOSB; **Serdar Yüksel**, MdL/SPD; **Prof. Dr. Christoph Zöpel**, Staatsminister a.D.

Vorstand

Wolfram Kuschke, Staatsminister a.D.,
Vorsitzender

Thomas Kufen, MdL NRW, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Andreas Blätte

Wissenschaftlicher Leiter:

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

Stellv. wissenschaftlicher Leiter:

Prof. Dr. Dirk Halm

Geschäftsführer:

Dr. Andreas Goldberg

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

Altendorfer Str. 3
45127 Essen

Telefon: 0201-3198-0

Fax: 0201-3198-333

E-Mail: zfti@zfti.de

Gestaltung/Konzept: Cem Şentürk